

Quiz

Geschichten für Jedermann

Quer durchs Leben. So heißt das neue Buch von Ehrentraut Grylla, einer ganz besonderen Dame aus Köpenick.

Im kleinen Kreise wurde Frau Grylla bekannt durch ihre Kinderbücher "Abenteuer von Jule, Felix und Jonas" und „Bald nun ist Weihnachtszeit, eine fröhliche Zeit...“.

Die Erzählungen im neuen Buch zeigen die Kinderbuchautorin in einer neuen Rolle. In diesem Buch vereint sie Lebenserfahrung mit einem beeindruckenden Erinnerungsvermögen.

1 von 3 Exemplaren zu gewinnen

Möchten auch Sie ein Exemplar gewinnen? Schreiben Sie eine Karte oder eine Mail an:

Matthias Schmidt, MdB
Ekkehardstraße 1
12437 Berlin

oder

matthias.schmidt@bundestag.de

Der Einsendeschluss ist am Samstag, den 27. Februar 2016.

In dieser Ausgabe

Bundestag beschließt

Flüchtlingsausweis

„Dies ist ein wichtiger Schritt zur Verkürzung der Asylverfahren.“ Seite 2

Engagiertes Team für

Treptow-Köpenick

Am 18. September wird gewählt Seite 3

Klare Haltung gegen rechte Einstellungen

Matthias Schmidt zu den Vorfällen in der Silvesternacht Seite 4

Freier Handel um jeden Preis?

Heiße Diskussion um TTIP



Foto: Lars Düsterhöft

Thomas Jurk (MdB) und Matthias Schmidt diskutierten mit ihren Gästen zu TTIP.

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

TTIP, vier Buchstaben, die Sie vielleicht in zwei Lager spalten. Dafür oder dagegen. Kompromisslose Ablehnung oder bedingungslose Zustimmung. Es gibt wenig dazwischen, meinen Sie?

An dieser Stelle bin ich anderer Meinung. Denn es sind die Zwischenräume und Zwischentöne, die verhandelt werden und aus dem geplanten Freihandelsabkommen der beiden größten Wirtschaftsräume der Welt Vorteile für beide Seiten generieren werden. Das Beste aus dem jeweiligen Wirtschaftsraum beibehalten und Handelshemmnisse abbauen. Klar ist aber, alle Punkte müssen unmissverständlich benannt werden.

Aus Sicht der SPD müssen vier konkrete Forderungen erfüllt werden: 1. Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Verhandlungen, 2. keine Gefährdung der sozialen, ökologischen und kulturellen Standards, 3. Umsetzung internationaler Normen in den Bereichen Umwelt, Arbeit und Verbraucherschutz, 4. Keine Schiedsgerichtsbarkeit beim In-

vestorenschutz.

Wer es sich einfach machen will, sagt jetzt schon NEIN. Oder JA. Ohne Wenn und Aber. Ich aber werde mich mit den Wenss und Abers beschäftigen. Vielleicht sind Sie ein Experte? Oder haben Sie sich in einen konkreten Bereich eingearbeitet und eine fundierte Meinung? Dann freue ich mich, Sie kennen zu lernen und mit Ihnen zu reden. Zwei Veranstaltungen haben wir schon gemacht. Immer mit Fachleuten und interessierten Laien. Als letzterer bin auch ich in dieses Thema gestartet, als Sachkundiger möchte ich ins Ziel einlaufen.

Ich vertraue Ihnen, liebe Bürgerinnen und Bürger, Ihrer kritischen Begleitung, Ihren Meinungen und Anregungen. Erst dann werde ich mir ein abschließendes Urteil bilden und diesem vertrauen. Am Ende muss es ein gutes Abkommen werden, kein schnelles.

Ihr
Matthias Schmidt

Bundestag beschließt Flüchtlingsausweis

„Dies ist ein wichtiger Schritt zur Verkürzung der Asylverfahren.“



An der Spreepromenade des Jakob-Kaiser-Hauses sind die Grundrechte des Grundgesetzes zu lesen. Mit dabei: Das Asylrecht.

Die Registrierung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Deutschland erfolgte bisher häufig spät und mangels eines hinreichenden Datenaustausches mitunter mehrfach, was zu Verzögerungen im weiteren Asylverfahren führte. Der Bundestag hat nun mit dem „Gesetz zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken“ ein Verfahren beschlossen, mit dem die Registrierung deutlich beschleunigt wird. Im Mittelpunkt steht der sog. Flüchtlingsausweis.

Das Gesetz trifft dazu klare Festlegungen der zu speichernden Daten (zum Beispiel neben Grundpersonalien auch Fingerabdruckdaten, Informationen zu Gesundheitsuntersuchungen, Impfungen, Schul- und Berufsausbildung) und der Übermittlungs- und elektronischen Zugriffsrechte der Behörden im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung.

Zentrale Regelungselemente

Zum ersten Mal wird bei der ersten Registrierung ein Datensatz geschaffen, der in einem „Kerndatensystem“ gespeichert wird. Somit entsteht eine neue Datenbank mit zahlreichen Informationen zu den Schutzsuchenden. Diese Daten werden nicht erst bei Stel-

lung eines Antrages, sondern nach Möglichkeit bereits bei dem Erstkontakt mit den Asyl- und Schutzsuchenden unverzüglich im Kerndatensystem zentral gespeichert. Allen Stellen sind im Rahmen der Aufgabenerfüllung erforderlichen Informationen aus dem Kerndatensystem zur Verfügung zu stellen. Neben den Registrierungsstellen sind das insbesondere die Asylbewerberleistungsbehörden, die Bundesagentur für Arbeit und die Meldebehörden.

Um Doppelregistrierungen zu vermeiden, werden die zuständigen Registrierungsstellen mit einem Fingerabdruck-Schnell-Abgleichssystem ausgestattet, über deren Sofortabfrage bereits vorhandene Personendaten unverzüglich festgestellt werden können. Außerdem wird ein sogenanntes „Sicherheitsabgleichsverfahren“ zur Überprüfung terrorismusrelevanter Erkenntnisse oder sonstiger Sicherheitsbedenken geschaffen.

Zudem soll die bisherige Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender als bundesweit einheitlich zu verwendendes Papierdokument mit fälschungssicheren Elementen ausgestaltet werden. Dieser Ankunftsnachweis soll nur noch von bestimmten Stellen ausgestellt

werden und wird künftig zur Stellung eines Asylantrags und Gewährung von Unterstützungsleistungen benötigt.

Klare Position von Matthias Schmidt

„Dieses Gesetz ist absolut notwendig. Wir brauchen eine sichere Identifizierung der Schutzsuchenden. Zugleich wollen wir Mehrfachregistrierungen vermeiden. Bisher wurden die selben Daten bis zu vier Mal erfasst. Dies verursacht Unverständnis bei den Betroffenen sowie eine enorme Mehrbelastung der ohnehin schon überlasteten Behörden.“

Besonders wenn es um die Integration geht, ist das nun geschaffene Kerndatensystem unerlässlich. Einmal festgestellte Qualifikationen, wie beispielsweise Schulbildung oder die Art der Ausbildung, gehen nun beim Wechsel der Behörden nicht mehr verloren.

Dies ist ein wichtiger Schritt zur Verkürzung der Asylverfahren. Das dient nicht nur der Entlastung der Kommunen. Auch die Asylsuchenden und Flüchtlinge wollen schnell wissen, ob sie eine Zukunft in Deutschland haben. Nicht zuletzt ist eine Beschleunigung der Verfahren wichtig für die Akzeptanz in der Bevölkerung.“

Engagiertes Team für Treptow-Köpenick

Am 18. September wird gewählt



v.l.n.r.: Lars Düsterhöft, Robert Schaddach, Gabriele Schmitz, Tom Schreiber, Matthias Schmidt, Ellen Haußdörfer, Oliver Igel, Rainer Hölmer, Alexander Freier, Karin Zehrer

Auf Ihrer Kreisdelegiertenversammlung hat die SPD Treptow-Köpenick am 16. Januar ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Abgeordnetenhaus-Wahlkreise, die Bezirksliste sowie für die Bezirksverordnetenversammlung aufgestellt.

Spitzenkandidat der Liste für die Bezirksverordnetenversammlung ist der amtierende Bezirksbürgermeister Oliver Igel, der einstimmig gewählt wurde. Er wird damit auch 2016 wieder als Bezirksbürgermeisterkandidat für die SPD ins Rennen gehen. Auf Platz 2 und 3 folgen die Fraktionsvorsitzende Gabriele Schmitz und Rainer Hölmer, der von der Versammlung erneut als Stadtrat nominiert wurde.

Bei den Kandidatinnen und Kandidaten für das Berliner Abgeordnetenhaus gibt es einige neue Gesichter.

Für den Wahlkreis 1 (Alt-Treptow, Plänterwald, Baumschulenweg, nördlicher Teil Niederschöneweide) tritt der Jugendpolitiker Alexander Freier an.

Für Wahlkreis 2 (Johannisthal, Oberschöneweide, Großteil Niederschöne-

weide) wurde der Sozialpolitiker Lars Düsterhöft nominiert.

Für den Wahlkreis 3 (Adlershof / Altglienicke) wird die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Ellen Haußdörfer erneut ins Rennen gehen.

Für den flächengrößten Wahlkreis 4 (Dammvorstadt, Spindlersfeld, Köllnische Vorstadt, Grünau, Bohnsdorf, Schmöckwitz und Bohnsdorf) wurde der Wahlkreisabgeordnete Robert Schaddach nominiert.

Im Wahlkreis 5 (Altstadt, Kietz, Allende, Wendenschloß, Müggelheim) tritt der Innen- und Sicherheitspolitiker Tom Schreiber wieder an.

Für den Wahlkreis 6 (Köpenick Nord, Friedrichshagen, Rahnsdorf) wurde die Bildungspolitikerin Karin Zehrer aufgestellt.

Die SPD Treptow-Köpenick geht so mit einer Mischung aus neuen und erfahrenen Kandidatinnen und Kandidaten in die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung am 18. September 2016.



Matthias Schmidt, MdB

Wahlkreisbüro

Schmidts Ekke

Ekkehardstraße 1
12437 Berlin-Baumschulenweg
Telefon: 030 53 60 99 50
Fax: 030 53 60 99 49

Öffnungszeiten:

Montag:	11 bis 17 Uhr
Dienstag:	9 bis 15 Uhr
Mittwoch:	9 bis 17 Uhr
Donnerstag:	9 bis 15 Uhr
Freitag:	9 bis 15 Uhr
Samstag:	10 bis 13 Uhr

Die nächste Sprechstunden mit Matthias Schmidt finden statt am 5. März sowie am 2. April, 10 bis 12 Uhr.

Wahlkreisbüro

Rathaus Friedrichshagen

im Grünen Haus
Bölschestraße 87/88
12587 Berlin-Friedrichshagen
Telefon: 030 22 01 38 11
Fax: 030 22 01 38 12

Öffnungszeiten:

Dienstag:	14 bis 18 Uhr
Mittwoch:	10 bis 14 Uhr
Donnerstag:	14 bis 18 Uhr
Freitag:	10 bis 14 Uhr

Bundestagsbüro

Unter den Linden 50
10117 Berlin
Telefon: 030 22 77 48 33
Fax: 030 22 77 68 35

Postanschrift:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

matthias.schmidt@bundestag.de
www.matthias-schmidt.berlin

Klare Haltung gegen rechte Hetze

Matthias Schmidt zu den Vorfällen in der Silvesternacht



Foto: © Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

Der Kölner Hauptbahnhof. Die Geschehnisse der Silvesternacht haben Deutschland bewegt und bewegen noch immer.

Die Ereignisse der Silvesternacht in Köln haben uns alle schockiert und verängstigt. Was dort passiert ist, kann man mit nichts rechtfertigen und selbstverständlich müssen die Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Jede Form von sexueller Belästigung und Gewalt muss bestraft werden! Ein Monat nach diesen schockierenden Ereignissen zieht Matthias Schmidt ein Resümee.

„Die öffentliche Debatte, die im Anschluss an die Silvesternacht entstand, sagt allerdings mehr über unsere Gesellschaft aus, als über vermeintlich von Geflüchteten ausgehende Bedrohungen. Aus dem eigentlichen Kampf, nämlich dem gegen sexuelle Gewalt, wurde schnell ein Kampf gegen die zu uns geflüchteten Menschen, die seitdem bei einem Teil der Bevölkerung unter Generalverdacht stehen.

Die verständliche Empörung über die Übergriffe diente dabei vielfach nur als Deckmantel für antidemokratische und menschenfeindliche Einstellungen. Ängste, die man natürlich ernst nehmen muss, paaren sich hier mit einem dumpfen Populismus.

Menschen, die Straftaten begehen, müssen bestraft werden. Wer als Asylbewerber Straftaten begeht, muss somit mit seiner Ausweisung rechnen. Leider wird öffentlich längst nicht mehr unterschieden zwischen Schuldigen und Unschuldigen, sondern Flüchtlinge und Fremde werden mitunter pauschal abgelehnt und verurteilt.

Der Tonfall, den ich hier deutlich heraushöre, kann unsere Gesellschaft vergiften und unser demokratisches Miteinander gefährden, wenn wir ihm nicht entschlossen entgegengetreten.

Formulierungen und Pauschalisierungen, die vor wenigen Wochen nur in rechten Internetforen oder einschlägigen sozialen Medien zu lesen waren, haben inzwischen ihren Weg in das öffentliche Sprachgut gefunden.

Immer häufiger kommt es zu unverhohlenen Aufrufen zur Gewalt in den sozialen Medien. Rassismus ist salonfähig geworden. Er gefährdet die Menschen, die hier leben – ob mit oder ohne deutschen Pass.

Gerade jetzt ist es wichtig, sich der Abwertung von Menschen entgegenzusetzen,

Solidarität zu zeigen und das demokratische Zusammenleben zu verteidigen.

Die Menschen, die sich entschlossen dafür einsetzen, Geflüchtete willkommen zu heißen, müssen Unterstützung bekommen. Gleichzeitig muss man sich rassistischem Denken und Handeln entgegenstellen.

Integration kann nur gelingen, wenn beide Seiten bereit dafür sind. Für diese Bereitschaft möchte ich werben und Zuversicht vermitteln.

Rassistische, islamfeindliche, antisemitische und andere menschenverachtende Einstellungen stehen einem friedlichen Zusammenleben in unserer Gesellschaft entgegen. Einer solchen Entwicklung muss ich als Abgeordneter und als Sozialdemokrat entschlossen entgegengetreten.

Man muss sich den Aufgaben und Herausforderungen sachlich stellen. Man darf es nicht zulassen, dass man den eigenen Ängsten und Ressentiments erliegt und damit rechten Populisten in die Hände spielt.“ so Matthias Schmidt.